# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 101. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Montag, den 2. Mai 1927


## Rußland geht nach Genf.

Eine ziemlich überraschende Kunde für die politische Welt kam aus Moskau. Die Sowjetregierung hat sich entschlossen, an der am 4. Mai beginnenden Weltwirtschaftskonferenz in Genf teilzunehmen, und hat bereits die Mitglieder der nach der Schweiz zu entsendenden Kommission ernannt. Als Vorsitzender wird Ossinski fungieren, Mitglieder sind Sokolnikow, Chintschuk und Lepse. Der Kommission werden als Sachverständige fünf Personen beigegeben, unter ihnen der Professor Verga, die Herren Greben, Kauffmann und Stein, der gleichzeitig die Sekretärgeschäfte wahrnehmen wird.

Bedeutet das eine grundsätzliche Schwenkung der bisherigen russischen Politik? Etwa eine Umstellung der Sowjetunion in ihrem bisherigen Verhalten zum Völkerbund? Darüber läßt sich noch keine Klarheit gewinnen. Während man in Paris wissen will, in Moskau bestehe die Absicht, auch zu der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz, die im Herbst ihre Beratungen wieder aufnehmen soll, einen Vertreter zu entsenden und überhaupt beim Völkerbund einen ständigen Beobachter zu halten, wird von anderer Seite, und zwar aus Moskau selbst, gemeldet, der jetzige Entschluß sei keineswegs als Annäherung an den Völkerbund zu betrachten, die Sowjetgewaltigen dächten gar nicht daran, die Frage des Eintritts in den Völkerbund auch nur zu erörtern. Trotzdem kann man derartigen Behauptungen mit einigen Zweifeln gegenüberstehen. Die bisherige Linie Moskaus hat in der Weltpolitik doch derartige Widerstände gefunden, daß man wohl an gewisse Bedenken glauben kann, die in Rußland aufgestiegen sind und dringend an eine Berichtigung der fruchtlosen Idee der Vereinzelung gemahnen.

Wahrscheinlich ist es jedenfalls, daß die kürzliche Einigung mit der Schweiz wegen des alten Streites um den Worowski-Zwischenfall von Rußland eingeleitet wurde, und zwar zu dem durchsichtigen Zweck, nunmehr in Genf aktiv werden zu können. Ob es also jetzt bei den Wirtschaftsfragen sein Bewenden haben oder ob schließlich das Bestreben auch in der Richtung des Völkerbundes sich betätigen wird, kann immerhin in Betracht gezogen werden. Die Moskauer Regierung hat stets ziemlich kluge diplomatische Instinkte gezeigt und wie ihr teilweiser Friedensschluß mit den Kapitalmächten beweist, erkennen lassen, daß sie keineswegs um jeden Preis und für alle Zeiten utopischen Zielen nachjagen will. Mit dem Beitritt Rußlands zur Weltwirtschaftskonferenz, einstweilen losgelöst von allen politischen Forderungen, wird ein Ausblick dahin gegeben, das in Genf vorgesehene Programm durchführen zu können. Die Auseinandersetzungen über eine Verständigung können sich nicht mehr festfahren an dem Umstande, daß einer der Hauptbeteiligten fehlt. Denn das weite Rußland mit seinem gewaltigen Bestand an Rohstoffen ist selbstverständlich bei einer weltwirtschaftlichen Verständigung nicht auszuschließen. Das russische Wirtschaftsproblem muß unbedingt in den Erörterungen eine wichtige Rolle spielen und kein Staat, mag er auch sonst dem Bolschewismus und seinen Vertretern noch so feindlich gegenüberstehen, kann sich dieser Erkenntnis entziehen. Rußland nähert sich wieder der europäischen Wirtschaft und damit der Weltwirtschaft, ein Schritt, der nicht viel weiter ist als die Anerkennung der Notwendigkeit der politischen Bestrebungen des Völkerbundes.

Wieweit dieser Vorgang die Interessen des deutschen Volkes und seiner nach Genf entsandten Vertretung berührt, läßt sich natürlich im Augenblick kaum übersehen. Deutschland steht ja in bezug auf wirtschaftliche Dinge nicht in so scharfem Gegensatz zu der großen Ostrepublik wie etwa die beiden angelsächsischen Staaten diesseits und jenseits des Atlantischen Ozeans. Der Rapallovertrag, die Russenkredite usw. sind dessen Zeugen. Daß wir als fast unmittelbarer Nachbar der Sowjetunion lebhaft an einem besseren Warenaustausch mit ihr interessiert sind, muß ohne Frage bleiben. Aber auch in anderer Beziehung sind, wie unsere leitenden Staatsmänner es oft genug erklärt haben, keinerlei Anlässe vorhanden, uns etwa als Degenführer für die Angelsachsen gegen Rußland anzusehen. Im Britischen Reiche werden unverhüllt schon jetzt Stimmen laut, die vor Genf warnen, weil Deutschland den Anlaß benutzen könnte, dort auf eine Vereinigung der von allen deutschen Parteien als unerträglich empfundenen Dawes-Verpflichtungen hinzuarbeiten. Es ist nicht anzunehmen, daß die deutsche Vertretung in dieser Beziehung irgendwelche ernsthaften Pläne hat, aber das ändert nichts an der inneren Berechtigung, die solchen Betrachtungen zugrunde liegt. Wir können also die russische Beteiligung an den Verhandlungen uns getrost gefallen lassen. Sie kann dem, was wir erstreben, wieder ein lebensfähiges Deutschland in Wirtschaft und Weltbedeutung zu schaffen, vorläufig nicht entgegenstehen. io.

## Thüringens neue Bürgerregierung.

Unterstützung durch Deutschnationale und Nationalsozialisten.

Der Landtag von Thüringen hat die vorgeschlagene bürgerliche Regierungsliste mit 29 gegen 25 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Danach übernimmt Dr. Leuthenser (Deutsche Volkspartei) Vorsitz. Volksbildung und Justiz, Dr. Paulsen (Demokrat) Inneres und Wirtschaft und Dr. Toelle (Deutsche Volkspartei) die Finanzen. Außerdem sind dem Landbund, der Wirtschaftspartei und den Demokraten Staatsratsposten zugebilligt worden. Die Regierungskrise ist also nach einer Dauer von drei Monaten vorläufig überwunden.

Die Deutschnationalen erklärten, dieses Kabinett nur mit gemischten Gefühlen unterstützen zu können. Die Nationalsozialisten ließen sich dazu erst in letzter Stunde auf eine Erklärung der Demokraten hin bestimmen, die die verfassungsmäßige politische Bewegungsfreiheit zusichert. Die Sozialdemokraten lehnten dies ab und beanstandeten die in Rücksicht auf Ansprüche einer Regierungspartei vorgenommene Erweiterung des Kabinetts um einen Sitz. Der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtags wurde gegen die Stimmen der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten abgelehnt. Darauf vertagte sich das Haus auf 14 Tage.

# Deutschland und China.

Dr. Stresemann für einen friedlichen Ausgleich.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann gab dem amerikanischen Journalisten Kuh ein Interview über Deutschlands Stellung zu China. Darin führte er aus, daß Deutschland, da es auf die sogenannten ungleichen Verträge verzichtet habe, von den jetzigen Ereignissen in China unmittelbar nicht berührt werde. Die deutsche öffentliche Meinung stehe den legitimen nationalen Forderungen der Chinesen freundlich gegenüber, könne aber andererseits auch die wirtschaftlichen Sorgen der fremden Kaufleute in China verstehen. Man sollte das Streben der Chinesen nach einem Übergang zu modernen Lebensformen unterstützen; so würde am besten der gesamten Menschheit gedient.

Deutschland sei vollkommen neutral sowohl den kämpfenden chinesischen Parteien gegenüber wie den Mächten, die sich mit dem chinesischen Problem beschäftigen, und werde dabei von der deutschen öffentlichen Meinung unterstützt, wie der freiwillige Verzicht auf Waffenverschiffungen nach China seitens unserer Kaufmannschaft und Reeder gezeigt habe. Im übrigen stehe man in Deutschland auf dem Standpunkt, daß ein friedlicher Ausgleich im Interesse aller an China interessierten Nationen gelegen wäre.

•

## Englische Militäraktion gegen Hankau?

Paris, 1. Mai. Im Matin erklärt De Korab, aus zuverlässiger englischer Quelle erfahren zu haben, daß England zu baldigem militärischen Eingreifen in China bereit sei. Indem England die Kanonen auf Hankau, den Hort des Bolschewismus, richte, könne es behaupten, daß es nicht auf China, sondern auf einen Feind Chinas ziele, der vernichtet werden müsse. England habe nunmehr in Japan einen militärischen Bundesgenossen (?) General Tanaka verfolge nur ein Ziel, nämlich die Hand auf Charbin und die ostchinesische Eisenbahn zu legen. London und Tokio machten augenblicklich große Anstrengungen um die Vereinigten Staaten über die Ausdehnung Japans in der Mandschurei zu beruhigen und ihnen Garantien und Kompensationen zu geben. (Man wird besonders den letzten Teil der Information mit Vorsicht aufnehmen müssen. Japan wird sich auch unter dem neuen Ministerpräsidenten kaum zu Unvorsichtigkeiten hinreißen lassen.)

## Coolidge im Ueberschwemmungsgebiet.

Räumung weiterer Gebiete.

Präsident Coolidge beabsichtigt, in den nächsten Tagen das Überschwemmungsgebiet zu besuchen. Neuerdings plant man, den ganzen Südosten von Arkansas zu räumen, wodurch wiederum 60 000 Menschen obdachlos werden. Die Stadt Baton Rouge hat in den letzten Tagen 25 000 Flüchtlinge aus Louisiana, Mississippi und Arkansas aufgenommen.

Der mit großen Vollmachten ausgestattete Regierungskommissar Parker ist bemüht, überall durchzugreifen, um eine weitere Ausbreitung der Seuchengefahr und Hungersnot zu verhindern. Parker läßt überall Bürgerwehren bilden, die alle heimgesuchten Distrikte restlos räumen sollen. Der Deichbruch von South Bend ist ein neuer Höhepunkt der Katastrophe, denn nunmehr ergießen sich die dort frei gewordenen Wassermassen über den ganzen Südosten Arkansas'. In diesem ganzen Gebiet hat eine Massenflucht der Einwohner eingesetzt und man fürchtet, daß diese neue Überschwemmung die Zahl der Obdachlosen wieder um 60 000 erhöhen wird. Die Flucht aus dem Südwesten des Staates dauert an.

In der Gegend von New Orleans fließt das Wasser durch die gesprengten Dammlücken langsam ab. Bei der Stadt selbst ist eine ganz geringe Senkung des Wasserstandes festgestellt worden. New Orleans scheint hiernach gerettet zu sein. Trotzdem sollen aber vorsichtshalber weitere Deichsprengungen folgen.

### 75 Grubenarbeiter eingeschlossen.

Paris, 1. Mai. Nach einer Havasmeldung aus Fairmont in West-Virginien wurden in einer Grube in Everettsville durch eine Explosion 75 Grubenarbeiter eingeschlossen. Zwei Grubenleute wurden getötet und 15 verletzt. Der Haupteingang der Grube ist verschüttet.

## Die Spannung auf dem Balkan.

Englisch-italienische Geheimabkommen?

Die Lage auf dem Balkan ist nach wie vor gespannt. Serbische Blätter wissen von großen Rüstungen Italiens zu melden, während die italienische Presse umgekehrt behauptet, daß Jugoslawiens Rüstungen gegen Albanien über alle Maßen stark seien. Der Versuch der Großmächte, zwischen beiden Streitenden zu vermitteln, hat bisher zu keinem Ergebnis geführt. In Jugoslawien erregt die

Haltung, die England in diesem Konflikt einnimmt, bittere Enttäuschung. Die offiziöse Belgrader Zeitung „Vreme“ spricht die Vermutung aus, daß England Italien gegenüber die Hände gebunden zu sein scheinen, so daß es also in diesem Konflikt nicht so auftreten kann, wie Jugoslawien es für richtig halten würde. Zur Bekräftigung dieses Verdachts bringt das Blatt die Nachricht, daß zwischen England und Italien ein Abkommen besteht, nach dem England die italienischen Ansprüche auf dem Balkan anerkennt. Überdies sei ein Flottenabkommen zwischen England und Italien geschlossen worden, in dem ein gemeinsames Vorgehen im Mittelmeer geregelt ist. Man sieht, daß die Verhältnisse auf dem Balkan immer verwickelter und gefährdeter werden.

## Ostmarkentag der Deutschnationalen.

Beuthen, 1. Mai.

Die diesjährige Oberschlesientagung des Ostmarkenausschusses der Deutschnationalen Volkspartei nahm hier unter zahlreicher Beteiligung ihren Anfang. Der erste Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Dr. v. Kries, hielt die Begrüßungsrede. Mit Befriedigung stellte Dr. v. Kries fest, daß diesmal auch Vertreter westlicher Landesverbände hier im Osten weilen.

Die Versammlung stimmte der Absendung des nachstehenden Telegramms an den Herrn Reichspräsidenten zu: „Die zur zweiten Ostmarkentagung der D. N. V. P. in Beuthen (Oberschlesien), der jetzigen südöstlichsten Ecke des Reiches, versammelten Männer und Frauen entbieten dem hochverehrten Führer des Deutschen Reiches ehrfurchtsvollen Gruß. In tiefer Dankbarkeit gedenken sie des Mannes, der den deutschen Osten in seinen schwersten Stunden vor der slawischen Sturmflut geschützt hat. Mit allen Grenzlandsdeutschen gemeinsam hofft Oberschlesien, daß deutscherseits niemals Bindungen eingegangen werden, die das dem deutschen Osten angetane schwere Unrecht anerkennen und verewigen würden.“

Der Vorsitzende des Ostmarkenvereins der Deutschnationalen Volkspartei, Exzellenz v. Kries, legte die Ziele des Ausschusses dar. Der Vorsitzende des Landesverbandes Westoberschlesien der D. N. V. P., Thomas-Kreuzburg, hieß die Gäste namens des Landesverbandes herzlich willkommen. Stadtrat Dr. Kleiner-Beuthen rief der Tagung im Namen des Kreisvereins Beuthen zu: Glück auf! Ans Werk! Oberbürgermeister Dr. Knackrich erklärte, Zweck der Tagung sei, dem deutschen Osten die Achtung zu erkämpfen, deren er zu seiner Befreiung bedarf. Wenn das deutsche Volk seine Pflichten gegenüber dem Osten erkenne, werde der Erfolg nicht ausbleiben. Nach weiteren Begrüßungen sprach Bürgermeister Dr. Colditz-Gleiwitz über das Thema „Sicherung und Stärkung Oberschlesiens als Bollwerk im Südosten des Reiches“. Oberschlesien sei das Land, das durch jahrhundertelange Kulturarbeit deutsch sei und deshalb deutsch erhalten werden müsse. Dafür müßten Opfer gebracht werden von der Gesamtheit des deutschen Volkes.

Dann sprach über „Oberschlesien als politischer Faktor“ Dr. Kleiner-Beuthen. Er führte u. a. aus: Die Tragödie Oberschlesiens lege uns die Pflicht auf, das Material zu häufen, das zu gegebener Zeit die Revision des Vertrages erzwinge, in dem politischer und wirtschaftlicher Un-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF